

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 12

Artikel: Zusammenhänge und Forderungen für die Zukunft : der Einsturz der sozialistischen Utopie
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093136>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zusammenhänge und Folgerungen für die Zukunft

Nachfolgend publizieren wir die stark gekürzte Fassung eines vom Basler Journalisten Raymond Petignat verfassten Artikels, den uns ein Zeitbild-Abonnent zukommen liess. Der Beitrag — er lag an der MUBA im «Raum der Kirchen» auf — erörtert nicht nur jüngere und jüngste historische Zusammenhänge, er stellt auch die Frage nach der Gestaltung der Zukunft — und trifft sich hier mit den Anliegen unserer «Stiftung für Demokratie».

Was sich mit dem Zerfall der kommunistischen Diktaturen in Osteuropa tatsächlich ereignet hat, lässt sich vorerst nur in Umrissen erkennen. Die Bedeutung dieses epochalen Umbruchs, der buchstäblich das Unterste nach oben kehrte, lässt sich jedoch schon heute nicht hoch genug veranschlagen.

Dass sich solches im öffentlichen Bewusstsein vor allem der westlichen Industriegesellschaft nicht stärker — als etwa zu erwarten gewesen wäre — niedergeschlagen hat, ist insbesondere auf das Verhalten der politischen Linken in Westeuropa zurückzuführen. Sie ist nämlich bisher der sich eigentlich aufdrängenden Auseinandersetzung mit den Resultaten des «real existierenden Sozialismus» praktisch gänzlich ausgewichen — soweit dies wenigstens bis zum heutigen Zeitpunkt überblickbar ist.

Marx als Grundlage

Natürlich umfasst das linke politische Spektrum in den westlichen Industrieländern zahlreiche Varianten eines Gegenmodells zu ihrer pluralistischen, liberalen und ökonomisch auf der Marktwirtschaft fussenden Gesellschaftsordnung. Im wesentlichen aber lassen sich alle diese Varianten aus dem wissenschaftlichen Sozialismus von Karl Marx (1818–1883) herleiten, auch wenn sie sich in Einzelheiten oft deutlich unterscheiden. Das ursprüngliche Ziel aller dieser politischen Gruppierungen aber bestand in erster Linie in der Aufhebung der Klassengesellschaft. Sie sollte ersetzt werden durch eine Gesellschaft mündiger, von jeder Fremdbestimmung befreiter Menschen.

steht der bereits erwähnte epochale Umbruch? Er besteht jedenfalls aus weit mehr als dem einem Dominospiel vergleichbaren Zusammenbruch mehrerer diktatorischer Regime. Wohl ist ein Trend spürbar, der die Analyse der Ereignisse in Osteuropa auf diesen Befund eingrenzen möchte.

In Tat und Wahrheit aber stürzte eine Utopie ein, welche zunächst Europa und später den ganzen Globus — betrachtet man Marx' «Kommunistisches Manifest» von 1848 als das Signal ihres Auftauchens in der Geschichte — während 140 Jahren in Atem hielt, ungezählte Hoffnungen weckte, politische und gewaltsame Auseinandersetzungen provozierte, millionenfach in Zirkeln und Zusammenkünften diskutiert wurde und die ihre Wirtschaft nach der kapitalistischen Wirtschaftsweise organisierenden Länder zwang, den Wohlfahrtsstaat einzurichten.

Schrecken gebar friedliche Koexistenz

Die politischen Folgen unter anderem dieses Manifests gipfelten fürs erste in der blutigen, entsetzlichen Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialismus/Faschismus und Kommunismus im Zweiten Weltkrieg. Nach dessen Ende erstarrte die Welt in zwei Machtblöcken, dem Staatenverbund mit sozialistischen Regimen unter der Führung der Sowjetunion einerseits und der vor allem um die westlichen Industrienationen gescharten Staatengemeinschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika als Anführer- und Schutzmacht andererseits.

Unter dem Gesichtspunkt der materialistischen Geschichtsauffassung liess sich dieser Zustand als das Ergebnis eines dialektisch verlaufenen Prozesses deuten, dessen nächste Stufe unweigerlich in einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Welt hin zur endgültigen Emanzipation der menschlichen Gesellschaft führen würde. Diese Stufe aber hätte unzweifelhaft im dritten Weltkrieg bestanden, und in der Tat kam es in den vergangenen 45 Jahren mehrmals zu Situationen, in denen sich die weltpolitische Lage derart zuspitzte, dass er hätte ausbrechen können.

Hingegen wurden verschiedene lokal begrenzte Kriege unter dem Zeichen der

Befreiung vom «imperialistischen Joch» geführt, so der Krieg in Vietnam und die Kämpfe in verschiedenen Ländern Afrikas oder Lateinamerikas. Durch diese Kriege wurden bis auf einige wenige Relikte die letzten Reste des Kolonialismus in der Welt beseitigt. In der Regel traten dabei die Sowjetunion und ihre Verbündeten als Schutzmacht der jeweiligen Befreiungskämpfe auf, immer die Voraussetzung beschwörend, dass sie dazu in Anbetracht der humanistischen Ziele des Kommunismus berechtigt, ja sogar verpflichtet seien.

Zur grossen, endgültigen Auseinandersetzung zwischen dem Staatenbund mit kommunistischen bzw. sozialistischen Regimen und den Ländern mit liberaler Gesellschaftsordnung kam es indessen nicht, weil es zu einer hauptsächlich durch die beiden Weltkriege in Gang gesetzten Perfektionierung der Zerstörungstechnik kam. Es ist kein sehr erfreulicher Gedanke, dass aller Wahrscheinlichkeit nach das Gleichgewicht des in beiden Machtblöcken vorhandenen Potentials des totalen Schreckens die Welt vor einem dritten Weltkrieg bewahrte und damit auch vor ihrem möglichen Untergang. Die beiden Machtblöcke einigten sich in ihren gegenseitigen Beziehungen auf die Formel der «friedlichen Koexistenz».

Aufweichung und Zusammenbruch

Soviel sich heute übersehen lässt, brachte das Zusammenwirken dreier verschiedener Prozesse eine Aufweichung der in Feindbildern erstarrten Weltpolitik. Diese Aufweichung zog schliesslich den Zusammenbruch des vornehmlich in Osteuropa errichteten sozialistischen Systems nach sich.

Der erste dieser Prozesse bestand in der immer wieder unterdrückten, aber zunehmenden Opposition in den kommunistischen Staaten selbst. Den zweiten setzte die KSZE, die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, in Gang, an welcher auch die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion teilnahmen und in deren Beschlüssen unter anderem die Respektierung der Menschenrechte gefordert wurde. Das brachte nicht zuletzt die sozialistischen Diktaturen politisch in eine schwierige Lage, weil sie im Hinblick auf

4 Was ist denn nun am Ende der achtziger Jahre wirklich geschehen? — Worin be-

die mehr als fragwürdige Behandlung ihrer Dissidenten eben mit diesen Menschenrechten in Konflikt gerieten.

Der dritte Prozess schliesslich, der sie endgültig zum Zusammenbruch brachte, war der fortlaufende wirtschaftliche Ruin, der wohl vorerst systembedingt war und durch den immer wahnwitzigeren Rüstungswettlauf zwischen den beiden Supermächten noch beschleunigt wurde; dieser ging auch an den Vereinigten Staaten nicht spurlos vorüber. Was aber blieb nun vom einstigen hehren Begriff «Sozialismus» mit dem Programm einer humanen, gerechten Gesellschaft übrig?

Verdrängung von Sachverhalten

In einem Anfang Dezember 1991 erschienenen Sonderheft des «Spiegels» mit dem Titel «Die Katastrophe des Kommunismus» ist auf diese Frage folgende Antwort zu finden: «Der reale Sozialismus vermochte in den Jahrzehnten seiner Existenz nicht einmal die einfachsten Lebensbedürfnisse seiner Untertanen zu befriedigen. Seine Fabriken sind unproduktiv, die Wohnungen verlumt, die Schulen rückständig, Zehntausende Kirchen und Kulturstätten zerstört, die Krankenhäuser vernachlässigt. Die Umwelt ist grauenvoll verseucht, das Sozialsystem und der Lebensstandard entsprechen weithin den westeuropäischen Verhältnissen zu Beginn des vorigen Jahrhunderts, die den meisten Menschen — was Marx so empört hatte — gerade eben das Existenzminimum boten.»

Nun sind es nach dem gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Debakel in Osteuropa ausgerechnet die einst vielgeschmähten «kapitalistischen» Industrienationen des Westens, welche die sozialistischen Staaten sanieren und die praktisch auf jedem Gebiet darniederliegende Infrastruktur aufrichten — sie müssen dies auch schon im eigenen Interesse tun.

Karl Marx hat das 20. Jahrhundert geprägt wie niemand sonst. Im Gegensatz zum ebenfalls äusserst totalitären Nationalsozialismus in Deutschland beruhten die sozialistischen Regime des europäischen und asiatischen Ostens auf einer soliden Philosophie, einem riesigen Gedanken-

gebäude von eindrucksvoller, in sich geschlossener Folgerichtigkeit. In allen europäischen Ländern befassten sich zahllose Intellektuelle und Künstler aller Schattierungen mit dem Traum eines sich aus dem zielgerichteten Fortgang der Geschichte ergebenden und letzten Endes von Menschen zu schaffenden Paradieses auf Erden.

Und ebenso entschieden, wie sie sich gegen die unsäglichen Verbrechen des deutschen Nationalsozialismus wandten, über-sahen sie, jede kritische Regung beiseite schiebend, die Verbrechen des kommunistischen Systems. Keinesfalls darf mit diesen Verbrechen etwa die Hölle von Auschwitz relativiert werden; es ist aber ebenso falsch, die Verbrechen kommunistischer Machthaber wie Josef Stalin oder auch Wladimir Iljitsch Lenin mit dem Hinweis auf den nationalsozialistischen Terror zu relativieren.

Aufarbeitung der Zeitgeschichte

Der Einsturz der kommunistischen Utopie zieht über die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Bestandesaufnahme hinaus Analysen nach sich, welche das Ausmass der Dimensionen des sich im Gange befindenden Umbruchs noch steigern. Winston Churchill hat in seinen Memoiren darauf hingewiesen, dass der Faschismus nichts anderes als das «unge-ratene Kind» des Kommunismus sei, und die nationalsozialistische SA unterscheide sich von den von ihr «verschrienen Bolschewiki wie der Nord- vom Südpol».

Ein derartiger Befund — und es spricht vieles dafür, dass er richtig ist — muss in-dessen Auswirkungen auf die historische Forschung haben, in erster Linie natürlich auf die Erarbeitung der Zeitgeschichte. Die politischen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts waren weitgehend vom Denkmuster der marxistischen Dialektik geprägt, und entsprechend wurden gesellschaftliche und wirtschaftliche Vorgänge, auch Kriege, eingestuft und beurteilt. Dabei haben mindestens teilweise Geschichtsklitterungen stattgefunden.

Eines der bezeichnendsten Beispiele dafür bildet der Nichtangriffspakt zwischen Josef

Stalin und Adolf Hitler im Jahre 1939. Von der politischen Linken wurde dieser Pakt — ohne dass sie sich gleich grundsätzlich mit Stalin identifizieren wollte — als eine Art Notmassnahme des sowjetischen Diktators dargestellt. In Tat und Wahrheit teilten Hitler und Stalin in Geheimprotokollen zu diesem Pakt Polen und die baltischen Staaten unter sich auf. Die Existenz dieser Protokolle wurde von den Machthabern in Moskau immer wieder bestritten; die Ära unter Michail Gorbatschow brachte den richtigen Sachverhalt an den Tag: Es gab sie eben doch.

Die Realität einer russischen Drohung bildet den Hintergrund der wichtigen welt-politischen Entscheidungen zwischen 1919 und 1941, vor und im Krieg. Sie bestimmte das Hochkommen eines Mussolini und Hitler, sie bildete die tiefere Ursache der westlichen Nachgiebigkeit, des politischen «Appeasement», sie bestimmte die Struktur des deutschen Feldzuges von 1940, sie führte dazu, dass Hitler den Kampf auf Leben und Tod mit England nicht riskieren wollte, und sie war die Ursache seines Angriffs auf die Sowjetunion im Sommer 1941.

Die Zeitgeschichte wird die Vorgänge des ausgehenden 19. und des 20. Jahrhunderts eingehend überarbeiten müssen. In den letzten beiden Jahrzehnten sind viele Akzente offensichtlich falsch gesetzt worden, und die Annahme ist vertretbar, dass die grossen Schrecken dieses Jahrhunderts, die 1914 begannen, erst mit dem Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989 und mit der Auflösung der Sowjetunion geendet haben — ein beispielloser Umbruch.

Was nun?

Unbestreitbar zeigen sich neue Gefahren. Eines der wesentlichen Probleme der Zukunft liegt in der Notwendigkeit eines «Sittengesetzes». Und hier sind die Religionen der Welt gefordert. Dabei ist der Verzicht auf doktrinaire Auseinandersetzungen ein Gebot der Stunde, denn auch Religionen haben sich Übergriffe wider die menschliche Freiheit und Würde geleistet. Nur Pluralismus und Gewissensfreiheit bieten deshalb Gewähr für eine humane Gestaltung der Gesellschaft. ■